

PRESSEDIENST

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Charlottenburg-Wilmersdorf
Otto-Suhr-Allee 100, 10707 Berlin
Fon: 9029-14908 Fax: 9029-14914
Email: fraktion@gruene-cw.de
<http://www.gruene-cw.de>



Berlin, am 15.11.2018

Grüner Bezirksverordneter hält islamfeindlicher AfD den Spiegel vor

Der Bezirksverordnete der Grünen, Sascha Taschenberger nahm einen Antrag der AfD, der auf islamfeindlichen und rassistischen Vorurteilen aufbaut, zum Anlass, den Rechtspopulisten den Spiegel vorzuhalten. Die AfD fordert das Bezirksamt auf, eine Selbstauskunft von Islamverbänden und Moscheen über ihre Einstellung zu Deutschland, Feminismus, gleichgeschlechtlichen Lebensweisen und weiteren Themen einzuholen. Diese Antworten sollen im Internet veröffentlicht werden. Schon mit ihren Fragen schürt die bisher hier im Bezirk biedermännisch auftretende Fraktion Vorurteile und Islamfeindlichkeit.

Sascha Taschenberger hat sich das AfD-Wahlprogramm sowie einige Aussagen führender Rechtsnationaler vorgenommen und diese dem Fragenkatalog der AfD vorangestellt. „Ich will von der AfD und ihren Organisationen in Charlottenburg-Wilmersdorf wissen, wie diese zu den Aussagen stehen, die ‚Zeit des Nationalsozialismus sei ein Vogelschiss gewesen‘ oder ‚das Holocaust- Mahnmal sei ein Mahnmal der Schande‘. Auch die Einstellung zur Familie, die nach den Rechten nur aus Vater, Mutter, Kind bestehen soll und nicht in ihrer ganzen Vielfalt, oder nach gleichgeschlechtlichen Lebensweisen soll die AfD dann beantworten“.

Mit dieser Veränderung des Antrags spiegelt der Jugendpolitische Sprecher der Fraktion die Intention der AfD und zeigt auf, wie bigott die nationalpopulistische AfD ist und wie sie mit ihrem Agieren auf eine Spaltung der Gesellschaft setzt.

Rückfragen bitte an
Sascha Taschenberger, Tel. 030- 9029 14908
oder Christoph Wapler, Tel.0172- 3851879

Veränderter Antrag zur Drucksache 921/5 der AfD

**Von Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Charlottenburg-Wilmersdorf
Dr. Vandrey/Wapler/Taschenberger**

Transparenz schaffen! Einladung an die AfD-Partei zur Selbstauskunft

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt möge an alle im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf bekannten AFD-Verbände per Brief folgenden Fragenkatalog schicken. Die Antworten der AFD sollen vom BA sowohl im Netz als auch in gedruckter Form allen interessierten Bürgern und Bürgerinnen zugänglich gemacht werden.

Sehr geehrte Herren der AFD,

viele Bürger und Bürgerinnen in unserem Bezirk sind immer wieder verunsichert darüber, wie es die AFD mit unserem Rechts- und Freiheitsverständnis hält. Wir bitten Sie daher um Auskünfte, damit Vorurteile und Falschinterpretationen ausgeräumt werden können und wären Ihnen dankbar, wenn sie auf untenstehende Fragen Antworten geben würden.

Gerade was Aussagen des Wahlprogrammes und einiger AFD-Parteimitglieder und Funktionäre betrifft, sind viele Menschen verstört, weil viele Aussagen eklatant mit dem deutschen Grundgesetz im Widerspruch stehen.

Wir beziehen uns im Folgenden auf das Wahlprogramm der AFD zur Bundestagswahl 2017.

(zit. n. https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/08/AfD_Wahlprogramm_2017_A5-hoch.pdf, letzter Aufruf: 13.11.2018)

Aussagen zur Stabilität der EU und des Euros

„...eine solche Konzeption mit den derzeitigen Partnern der EU nicht einvernehmlich auszuhandeln ist, ist Deutschland gezwungen, dem Beispiel Großbritanniens zu folgen und aus der bestehenden EU auszutreten.“

„...Deshalb muss Deutschland die Transferunion aufkündigen und den Euroraum verlassen.“

„...Wir wollen deshalb für die Wiedereinführung einer neuen nationalen Währung („Deutsche Mark“) rechtzeitige Vorkehrungen treffen. Für den Fall einer Verschärfung der Finanzkrise wollen wir schon jetzt vorsorglich ein gesetzliches Maßnahmenpaket auf den Weg bringen. Das im Ausland gelagerte Gold der Bundesbank muss vollständig und umgehend nach Deutschland überführt werden ...“

Äußerungen zum Waffenbesitz

„Die Umsetzung der EU-Feuerwaffenrichtlinie lehnen wir ab. Der Erwerb des Waffenscheins für gesetzestreue Bürger ist zu erleichtern.“

Umgang mit Religionsfreiheit

„Die AfD lehnt es ab, islamischen Organisationen den Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts zu verleihen, weil sie die rechtlichen Voraussetzungen – eine ausreichende Repräsentanz, die Gewähr der Dauer und die Achtung des freiheitlichen Staatskirchenrechts – nicht erfüllen.“

„...Die Predigten in Moscheen in Deutschland sollen in deutscher Sprache gehalten werden.“

Umgang mit familiärer und sexueller Identität

„Die AfD will, dass sich die Familienpolitik des Bundes und der Länder am Bild der Familie aus Vater, Mutter und Kindern orientiert. Wir lehnen alle Versuche ab, den Sinn des Wortes „Familie“ in Art. 6 Abs. 1 Grundgesetz auf andere Gemeinschaften auszudehnen und der Familie auf diesem Wege den besonderen staatlichen Schutz zu entziehen.“

Einige Äußerungen von AFD Mitgliedern, die eher beunruhigen könnten:

Alexander Gauland am 2. September 2017 bei einem Kyffhäusertreffen der AFD:

"haben wir das Recht, stolz zu sein auf Leistungen deutscher Soldaten in zwei Weltkriegen". (Die Welt, 14.9.2017)

Januar 2017, Thüringer AfD-Politiker Björn Höcke:

„Wir Deutschen, also unser Volk, sind das einzige Volk der Welt, das sich ein Denkmal der Schande in das Herz seiner Hauptstadt gepflanzt hat.“ (Die Welt, 18.1.2017)

"Und diese dämliche Bewältigungspolitik, die lähmt uns heute noch viel mehr als zu Franz Josef Strauß' Zeiten. Wir brauchen nichts anderes als eine erinnerungspolitische Wende um 180 Grad." (Der Tagesspiegel, 19.1.2017)

"Wir müssen die Grenzen dichtmachen und dann die grausamen Bilder aushalten. Wir können uns nicht von Kinderaugen erpressen lassen." (Alexander Gauland zur Flüchtlingspolitik, Zeit Online 24.02.16)

Dazu hätten wir von Ihnen gerne eine Stellungnahme.

Sind Sie bereit, die folgenden Aussagen zu unterschreiben? Falls nicht, bitten wir im Namen der Zivilgesellschaft um Angabe von Gründen.

1. Falls Die Aussagen im Wahlprogramm oder Mitglieder der AFD mit deutschen Gesetzen im Widerspruch stehen, gehen die deutschen Gesetze in jedem Einzelfall vor. Ja oder Nein?
2. Frauen, Männer und Transgender sind in jeder Hinsicht gleichberechtigt. Frauen dürfen sich zum Beispiel genauso wie Männer scheiden lassen und ihren Beruf frei wählen. Ja oder Nein?
3. Nicht-AFD-Mitglieder dürfen die AFD und Ihre Mitglieder öffentlich kritisieren und sich über sie lustig machen. Ja oder Nein?
4. Bestimmte Aussagen und Handlungen einzelner AFD-Mitglieder sind aus heutiger Sicht nicht nachahmenswert, sondern verwerflich. Ja oder Nein?
5. Zur Parteienfreiheit gehört auch, dass man die Partei verlassen und frei zu einer anderen Partei wechseln oder sich offen von der Partei AFD distanzieren darf. Ja oder Nein?
6. Zur Demokratie gehört auch, dass in liberalen Parteien Männer, Frauen und Transgender gemeinsam entscheiden dürfen. Ja oder Nein?
7. Gewaltanwendung ist nur zur Selbstverteidigung beziehungsweise zur Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols erlaubt. Ja oder Nein?
8. Auch in einem Staat mit absoluter AFD Mehrheit darf sich die Rechtsstellung von Juden, Christen und Atheisten nicht verschlechtern und in keiner Weise von jener der Muslime unterscheiden. Ja oder Nein?
9. Homosexuelle haben das Recht, ihrer sexuellen Orientierung nachzugehen und dies auch öffentlich zu zeigen. Ja oder Nein?

10. Niemand darf einen Menschen zwingen oder bedrängen, ein Kopftuch zu ablegen oder sich ganz oder teilweise zu entblößen. Ja oder Nein?

Abschließend:

Haben Sie etwas dagegen, dass wir Ihre Antworten im Internet oder gedruckt veröffentlichen?

Falls doch, warum?

Begründung

Es bestehen in der Bevölkerung sehr unterschiedliche Auffassungen über die Wertevorstellungen der AFD. Viele Menschen verorten in der AFD ein Integrations- bzw. Assimilationshindernis und halten diese Politik für unvereinbar mit deutschem Rechts-, Freiheits- und Demokratieverständnis.

Der AFD soll die Möglichkeit geboten werden, ihre Einstellungen zu Demokratie und zum freiheitlichen Rechtsstaat kundzutun.

Der Antrag fordert das Bezirksamt nicht dazu auf, die Verfassungskonformität der der AFD zu prüfen – dazu ist es weder berufen noch in der Lage. Es geht darum Transparenz zu schaffen, die eine Grundlage für ein einvernehmliches Zusammenleben im Bezirk ist.

Im Zusammenhang der Transparenz ist auch der Demokratische Dialog zu nennen, der „eine reflektierte Perspektive zu außerbezirklichen, gar internationalen Debatten“ einnehmen *soll*.

Daher wird ein „kritischer Dialog“ gefordert .

Die mögliche Propagierung von verfassungsverletzenden Handlungsanweisungen in unserer Mitte gefährdet nicht nur Personen, die durch diese unmittelbar in ihren Rechten eingeschränkt und dabei physisch und psychisch in Mitleidenschaft gezogen werden. Das Verbreiten eines antidemokratischen, mit dem Grundgesetz nicht zu vereinbarenden ideologisch-religiösen Regelwerks behindert das friedliche Zusammenleben im Bezirk.

Einem Antrag (DS – Nr.: 0297/5) von CDU und SPD folgend hat die BVV dafür votiert, sich „für Meinungsfreiheit, Toleranz und ein freundliches Miteinander“ einzusetzen und „Diskriminierung, Intoleranz und Gewalt“ zu verurteilen. Gleiches soll laut Antrag für das Bezirksamt gelten. Bekanntlich werden in vielen Teilen der AFD Wertvorstellungen propagiert, die diesen Maßstäben entgegenstehen.